

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

9.1.1861 (No. 7)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 9. Januar.

Nr. 7.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Zeitung über deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Unsere auswärtigen H. H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende des Monats Dezember abgelaufen sind. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr., und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. H. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Voten aufgegeben werden.

Deutschland.

Karlsruhe, 4. Jan. Unter diesem Datum schreibt man der „Deutsch. Allg. Ztg.“: Bei der gespannten Theilnahme aller Vaterlandsfreunde für den Verlauf der kurhessischen Angelegenheit dürfte es von einigem Interesse sein, zu erfahren, daß dem Vernehmen nach der Großherzog von Baden aus Anlaß des Jahreswechsels ein eingehendes Schreiben an den Kurfürsten von Hessen gerichtet hat. Sind wir recht unterrichtet, so glaubt der durch die Schule der Erfahrung früh gereifte, deutschgesinnte Großherzog als Bundesgenosse des Kurfürsten auf die Pflichten hinweisen zu dürfen, welche der hohe Ernst der gegenwärtigen Lage den deutschen Fürsten insbesondere auferlegt. Der Großherzog spricht zugleich die innige Ueberzeugung aus, daß nur auf dem Grunde treuen Festhaltens an der ursprünglichen Verfassung eine Verständigung zwischen Fürst und Volk erzielt werden könne, und richtet an den Kurfürsten die dringende Bitte, in diesem Sinne einen hochherzigen Entschluß zu fassen, zu dessen Ausführung ihm die geeigneten Mittel und Wege nicht fehlen dürften.

Philippseburg, 7. Jan. Gestern Nachmittag wurde die Schiffbrücke bei Gernersheim wegen starken Eisgangs abgefahren.

Aus dem vordern Oberrhein, 4. Jan. (Frbgr. Ztg.) Ein längst bei uns gehegter und oft genug ausgesprochener Wunsch wird nun in Erfüllung gehen. Wir meinen das Anlegen einer guten Fahrstraße, welche uns und namentlich unser Städtchen Schönau durch unmittelbaren Straßenverkehr an den Neckar oder nach Heidelberg bringt. Lange Zeit konnte man sich über die Linie dieses Weges nicht einigen. Wollten die Einen den Weg von Schönau aus über Ziegelhausen nach Heidelberg, so traten die Andern für den Weg von Schönau aus über Neckarsteinach an den Neckar und nach Neckargemünd auf. Die letzte Ansicht trug den Sieg davon und hat bereits der Straßenaus von Schönau über Neckarsteinach an den Neckar und Neckargemünd vom großh. Handelsministerium die Genehmigung erhalten.

*Kg. Die verhängnisvolle Vermählung.

(Fortsetzung.)

Wir — das heißt Everard, Er, und ich — saßen am Kamin, nachdem Alice sich zur Ruhe begeben hatte; das arme Ding! sie schlief immer früh fort, und sagte gar oft, im Schlaf sei ihre glücklichste Zeit. Wie traurig das war — dieses Sehnen nach einem auch nur zeitweiligen Vergessen! Ich wunderte mich nicht über die, die in einem andern und tieferen Schlaf Ruhe suchen.

„Susanne“, sagte Herr Weyward, indem er plötzlich ein tiefes, unbehagliches Schweigen, das uns befangen hatte, unterbrach, „hat Alice die einfältige Idee mit dem Ring aufgegeben?“

Ich wußte nicht recht, was ich antworten sollte; doch Everard nahm für mich das Wort.

„Sie werden doch einen so peinlichen Gegenstand nicht wieder antreten wollen? Lassen Sie ihn ruhen um Allicen's willen.“

„Gerade um ihretwillen will ich ihn nicht ruhen lassen. Und nun, Waise Susanne, und Everard, will ich Euch sagen, woran ich schon lange gedacht und was ich vor habe. Meine Tochter soll nicht lebenslang an einen Schurken — einen Verrückten gebunden sein.“

„Et! si Better“, hat ich, „rede nicht so von ihm; vergiß nicht, er ist Allicen's Gatte vor Gott und Menschen.“

„Aber die Ehe kann getrennt werden — und sie soll's; mein Kind soll nicht länger den Namen eines Elenden, eines Mörders tragen. Das Gesetz soll sie frei machen. Und wenn's mich mein halbes Vermögen kostete; beim Himmel, es soll's! dabei schlug er heftig auf den Tisch und stieß dazu eine Behauptung aus, die ich nicht nachschreiben mag.“

„Meine arme Alice! es wird ihr das Herz brechen“, mehr konnte ich nicht sagen.

„Bah, bah! Mädchenherzen brechen nicht so leicht. In fünf Jah-

Aus dem Murgthal, 6. Jan. Wenn wir glauben, daß der Kassierer X. Korrespondent in Nr. 3 dieser Zeitung wirklich die Ansichten der Gemeindebehörde und der Handelskammer zu Kasstatt über die Mittel zur Förderung des allgemeinen Verkehrs ausspreche, wie er sich den Anschein gibt, so würden wir unsere Hoffnung auf eine Postombusb-Verbindung mit der Eisenbahn und zugleich mit Kasstatt geradezu aufgeben. Den Reisenden, der vom Thal aus zur Eisenbahn will, erst durch Kasstatt, statt von Niederbühl aus direkt zum Bahnhof zu bringen, hiesie ihm mindestens eine halbe Stunde Versäumnis auflegen. Da ohnehin der Weg von Rothensfeld zum Eisenbahnhof etwas länger ist, als der nach Muggensturm, so hätten wir nie zu erwarten, daß das großh. Handelsministerium, das überall Umwege und Aufenthalte zu beseitigen bemüht ist, auch noch Einrichtungen, die das gerade Gegenheil bezwecken, begünstigen werde. Der X. Korrespondent meint zwar, es habe Nichts zu sagen, wenn wegen Jener, die in Kasstatt aussteigen wollen, die Eisenbahn-Reisenden mit gedachtem Aufenthalt erst durch Kasstatt fahren müßten; wir aber meinen, es sei richtiger, Letztere erst ohne Aufenthalt am Bahnhof abzusetzen und Erstere darauf zur Stadt zu verbringen, wobei sie in derselben eben so schnell, wo nicht noch schneller, als auf der Landstraße ankommen. Daß, um dem Omnibus einen Weg von der Niederbühler Brücke zum Bahnhof zu eröffnen, es erst eines Umbaus oder gar Verrückung der Kannten bedürfte, glaubt wohl selbst der nicht, der sich dieses gehaltlosen Vorwandes bedient. Jahrelang haben die größten Steinfuhren von Niederbühl aus gegen das Karlsruher Thor auf dem Murgdamm in geringer Entfernung vom Bahnhof vorüber, und was damals zu speziellen Zwecken Tausenden der schwersten Steinfuhren erlaubt war, dürfte wohl auch einige Mal im Tag zum allgemeinen Besten einem leichten Omnibus erlaubt werden. Die Herstellung eines Verbindungsweges vom Bahnhof an den Damm ist mit so geringen Schwierigkeiten und Kosten verknüpft, daß wir nicht zweifeln, Kasstatt werde, von höheren Ansichten des allgemeinen Verkehrs geleitet, diese aufzuwenden keine Scheu tragen. Auch wir wünschen, daß bei dieser Angelegenheit die Hauptsache, d. h. die Verbindung unseres Thals mit dem großen Eisenbahn-Verkehr, im Auge behalten werde. Bei solcher Verbindung sind jedoch gerade die Straßeneinrichtungen keine Nebenbünde, zu denen nur die mißverständlichen Sonderinteressen zu verweisen sind. Je hartnäckiger an letzteren festgehalten wird, einen um so größeren Gefallen erzeigt man den Gegnern des Projekts, die, von ähnlichen Beweggründen geleitet, auch nicht fehlen.

4 Staufsen, 7. Jan. Ueber großen Schneefall, wovon die Zeitungen aus andern Gegenden berichten, haben wir weder daher, noch im Gebirge Kunde zu führen; bei mäßiger Schneebedeckung wuchs aber die Kälte schon zu 12 Grad und erzeugte in Verbindung mit der um Weihnachten herum herrschenden, zwischen Thauen und Frieren wechselnden Witterung katastrophale Kinderkrankheiten, die mit einem Male wie angeblasen die kleine Welt ergriffen haben. — Der Weinhandel geht so unbedeutend, daß die Behörden nicht einmal den üblichen Weinschlag festsetzen können; dagegen erhielt der diesseitige Bezirk von zuständiger Stelle zum Neujahrsangebinde die Anerkennung, daß die konsumtionspflichtige Mannschaft des Amtes Staufsen als die kräftigste im ganzen Rekrutierungsbezirk für die dermalige Aushebung-

periode sich ausgezeichnet habe; von 5 Individuen zeigten sich durchweg 2 als tauglich. Ebenso scheint in moralischer Beziehung ein günstiger Aufschwung stattgefunden zu haben; denn wenn wir recht unterrichtet sind, hat sich die Zahl der Gefangenen des hiesigen Amtsgefängnisses im Verhältnis zu früheren Jahren um 160 Köpfe vermindert. — Eine Anomalie im Leben der Zugvögel darf nicht unberührt bleiben; wir sehen auf den mit Schnee bedeckten Feldern um Staufsen Lerchen herumfliegen, die dann in die Luft steigen und ihren Gesang anheben, als wäre das Frühjahr schon angebrochen. Der kriegerische Lärm in Italien wird diese Thiere doch wohl nicht über die Alpen getrieben haben!

Stuttgart, 6. Jan. (Südd. Ztg.) Seit ein paar Tagen tritt mit überraschender Bestimmtheit die Nachricht auf, daß der Geheimrath die gegenwärtige gewählte Kammer nicht mehr für verfassungsmäßig kompetent halte, einen dreijährigen Finanzetat zu verwilligen, da dieselbe bereits im Dezember 1855 gewählt sei, daher die sechsjährige Wahlperiode in diesem Jahr zu Ende gehe. Es soll deshalb nur das neue Rekrutengesetz mit ihr beraten werden und dann die Auflösung erfolgen. Wenn nun aber auch auf diese Weise nur eine überaus kurze Session zu erwarten stünde, so hofft man doch allgemein, daß die Zweite Kammer in den wenigen Tagen, die für die Kommission notwendig sind, um ihren Bericht über das Rekrutengesetz zu verfassen, dazu kommen wird, ihre Ansicht über ein paar Hauptfragen, namentlich über die deutsche und über das Konkordat, energisch auszusprechen. Es ist — wie ich höre — von Mitgliedern der demokratischen und der sog. altliberalen Partei beabsichtigt, eine öffentliche Versammlung von Gefinnungsgenossen noch vor dem Zusammentritt der Kammer in der Nähe Stuttgarts zu halten. Zu derselben sollen Vertrauensmänner aus allen Bezirken des Landes eingeladen und die brennendsten Fragen besprochen werden, darunter auch die über die Stellung zum Nationalverein. — Die Bewegung gegen das Konkordat wird eine immer allgemeinerere. Die protestantischen Diözesansynoden sprechen sich sammt und sonders dagegen aus, an wissenschaftlichen Ausführungen in der Presse fehlt es ebenfalls nicht, und ohne Zweifel wird die Agitation eine noch belebtere, wenn die Verathung in der Kammer, auf die influirt werden soll, unmittelbar bevorsteht.

Stuttgart, 7. Jan. Der „Staatsanzeiger“ widerlegt die Zeitungsgerüchte von einer Untersuchung gegen den Finanzminister v. Knapp mit dem Anfügen: „Liegt doch überall kein Anlaß zu einem solchen Einschreiten gegen jenen hohen Beamten vor, welcher in der That mit Ruhe auch dem Urtheil unserer demnächst zusammentretenden Stände darüber entgegensehen kann, ob unsere Finanzverwaltung Tadel, ob sie Lob verdiene.“

***Frankfurt, 7. Jan.** (Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 5. d. M.) In der heutigen Bundestags-Sitzung wurde zur Anzeige gebracht, daß Bayern den Universitätsprofessor Dr. Jolly, Baden den Baurath Becker, Großherzogthum Hessen den Geheimen Rath Ehardt, Bremen und Hamburg den Hrn. Neufeld zu den dahier abzuhaltenden Konferenzen über Einführung gleichen Maßes und Gewichts abgeordnet haben.

Die großh. hessische Regierung stellte den Antrag, daß alle Verbesserungen des für das Bundesheer angenommenen

ren wird sie mir dafür danken. Mit Achteh'n lebenslang an einen Wahnsinnigen gebunden sein — eine Wittve ohne die Freiheit einer Wittve — nein, Waise, Das kann das Gesetz, die gesunde Vernunft, die Gerechtigkeit nicht gut heißen.“

„So lag etwas Nichtiges in Dem was er sagte — ich konnte es nicht läugnen. Alice war noch ein Mädchen, und Mädchenliebe, so warm und überströmend sie ist, ändert sich wohl zuweilen. Wenn die Zeit käme, wo sie das bloße Namensband, an dem ihre zerrissene Seele jetzt so innig hing, als eine Last und wunderrückende Kette fände — wenn sie wieder lieben, oder wenn ein Anderer sie lieben sollte — ich drehte mich um, nach Everard zu sehen; sein Gesicht war aschbleich, seine Lippen zusammengepreßt wie im Krampf eines scharfen Schmerzes. Eine Hoffnung — wild, wahnwichtig, so schnell wieder verschwunden, wie eine glänzende Lustererscheinung, doch aber eine deutliche Hoffnung — war in seiner Seele aufgetaucht; und ein Rückschlag aus der Verzweiflung auch nur zu einem Schimmer von Freude war der Art, daß er zu einem wirklichen Lachen sich steigerte. Er war wie Einer, der urplötzlich aus trüber eisiger Kälte in Helle und Wärme gebracht wird, dem der Wechsel den ganzen Körper mit schneidender, doch augenblicklich vorübergehender, Pein durchzuckt.“

Gott vergeb mir, wenn ich, als ich ihn ansah, selbst Allicen's Kummer vergaß! Wenn es möglich würde, daß jenes Band sich löste — daß sie mit der Zeit ihn lieben lernte. . . . war er doch so edel — so wahr — so bieder — Arthur in Allem, außer im Aussehen, über-treffend. Nenn mir dächte, er sei so hübsch, als Allicen's Erväster. Freilich sah ich nicht den jungen Everard allein in dem klaren braunen Augenpaar, dem weichen Lockenhaar, vor Zeiten, langvergangenen! so lieb und so wohlbeliebt. . . .“

„Hat Niemand von Euch ein Wort zu sagen?“ rief Better Weyward ungeduldig nach einer langen Pause aus. „Vielleicht ist's auch gut so; denn ich sage Euch, mein Entschluß ist gefaßt — eben heute habe ich die ersten Rechtsschritte in der Sache gethan. Du bist zwar jung,

Brooke, aber ein Mann von Verstand; sage mir, habe ich nicht Recht? — Alice muß einwilligen.“

Everard erhob den Kopf wie ein aus einem Traum Erweckter. „Es ist so plötzlich. . . . ich kann kaum sagen. . . . Sie müssen es sich wohl überlegen, Herr Weyward, ehe Sie handeln.“

„Ich sage Dir, ich habe es überlegt, durch und durch; Du bist ein Mann und wirst das Rechte der Sache gleich einschätzen; die Waise Susanne da aber, mit ihrem Weiberunsinn von Gefühlen und gebrochenen Herzen, ei, sie muß sie eben überwinden, und Allicen zureden, das Gleiche zu thun. Das wäre mir 'was Schönes, einen Wahnsinnigen zum Schwiegersohn zu haben! und meine artige Alice ihr Leben in ihres Vaters Haus verhärmend, nicht alte Jungfer, nicht Frau, nicht Wittve, während sie die besten Männer in England zu ihren Füßen haben könnte. Das ertrag' ein Anderer! Arthur Eplvester ist mir in den Tod zuwider; nicht einmal seinen Namen will ich mein Kind führen lassen! Ich sag' Euch, die Heirath muß mir unglücklich erklärt werden!“

Meines Betters Stimme wurde immer lauter; seine heftigen Gebärden und aufgeregten Blicke nahmen meine und Everard's Aufmerksamkeit so in Anspruch, daß Keines von uns bemerkte, wie die Thür aufging und eine vierte Person unter uns stand.

Es war Alice, und sie hatte Alles gehört!

(Fortsetzung folgt.)

— Die auf Schloß Wartegg am Bodensee weilende Herzogin von Parma hat am Neujahrstage den Kindern der Armen des benachbarten Dorfes Sinaad eine Freude gemacht. Sie ließ deren 42 auf das Schloß kommen und durch ihre eigenen Kinder köstlich bedienen, worauf die Herzogin selbst ansehnliche Geschenke unter dieselben vertheilte.

Systems geogener Geschäfte, insoweit sie sich auf das Rast-
ber beziehen, nicht einseitig einzuführen, sondern darüber eine
Verhandlung einzuleiten; derselbe wurde dem Militär-
ausschuss überwiesen. Ferner stellte die großh. hessische Re-
gierung einen Antrag auf Interpretation des §. 1 des Bun-
desbeschlusses vom 13. Juli 1854, das Vereinswesen betr.,
welcher bekanntlich bestimmt, daß in allen deutschen Bundes-
staaten nur solche Vereine geduldet werden dürfen, die sich
darüber genügend auszuweisen vermögen, daß ihre Zwecke
mit der Bundes- und Landesgesetzgebung im Einklange stehen
und die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht gefährden.
Die großh. Regierung sei nämlich, wie der Antrag ausführt,
von der Ansicht ausgegangen, daß der Verein, welcher sich in
Koburg unter dem Namen „Nationalverein“ konstituiert habe,
unter das Verbot dieses Bundesbeschlusses falle, und daher
dessen Thätigkeit im Großherzogthum entgegengetreten; da
aber in den meisten deutschen Bundesstaaten ein Gleiches nicht
geschehen, und der Verein dort seine Thätigkeit ungehindert ent-
falten, so stehe die Regierung in ihren Maßregeln gegen den-
selben in gewissen Beziehungen vereinzelt, ihr Einschreiten sei
weniger wirksam, und es habe in vielen Kreisen Bewunderung
erregt, daß man im Großherzogthum Hesse verboten habe,
was anderwärts in Deutschland für erlaubt ge-
halten zu werden scheint. Des Großherzogs von Hessen
Königl. Hoheit hegte aber den aufrichtigen Wunsch, mit
ihren deutschen Bundesgenossen möglichst übereinstimmend zu
handeln, daher es von Wichtigkeit sei, die Ansicht der Bun-
desversammlung über den Sinn des gedachten Bundesbes-
chlusses in seiner Anwendung auf den sogenannten National-
verein kennen zu lernen, um hiernach in der einen oder andern
Weise weitere Entschlüsse fassen zu können. Der großh.
hessische Gesandte wurde deshalb beauftragt, den Antrag zu
stellen: Die Bundesversammlung möge erklären, ob sie den
Nationalverein als unter das Verbot des §. 1 des Bundes-
beschlusses vom 13. Juli 1854 fallend betrachte. Dieser An-
trag wurde dem politischen Ausschusse zugewiesen.

Aus Anlaß der Verhandlungen über Erläuterung und
gleichmäßige Anwendung verschiedener Paragraphen der all-
gemeinen deutschen Wechselordnung wurde von dem k. nieder-
ländischen Gesandten für Luxemburg und Limburg erklärt, daß
diese Wechselordnung aus in den Landesverhältnissen liegen-
den Gründen eben so wenig in dem einen, als in dem andern
dieser Länder einzuführen beabsichtigt werde. Die Anzeigen
mehrerer Regierungen und auf Vortrag des Militärausschusses
gefaßte Beschlüsse betrafen militärische Angelegenheiten
und die Regulierung bestimmter Einnahmen und Ausgaben.
Die Reklamationskommission erhielt den Geschäftsbericht
über die Erledigung der ihr im vergangenen Jahr zugewie-
senen Eingaben und wurde deren Neuwahl auf die nächste
Sitzung anberaumt. Schließlich wurde der Ausschuss für
Veröffentlichung der Bundestags-Verhandlungen, wie alljähr-
lich geschehen soll, neu gewählt.

Frankfurt, 8. Jan. (Sch. M.) Eine gestern von tau-
send Bürgern besuchte Versammlung des Nationalvereins
einmütig die Etiviller Erklärung, und beschloß, diese Aufforderung auch an die Brüder Deutsch-
sterrreichs zu richten, damit diese in gesetzlicher Weise eine
Mitwirkung ihrer Regierung zur Verwerfung dieses Antrags
und somit einem Beginn tatsächlicher Verwirklichung neuer-
dings gemachter Verheißungen herbeiführen.

44 Von der Elbe, 6. Jan. Ueber die Vermittlungs-
versuche, welche England in der Herzogthümer-
frage am Berliner Hofe unternimmt, kann ich aus ver-
lässlicher Quelle die folgenden Mittheilungen machen. Nicht
die dänische, sondern die englische Regierung hat die Initia-
tive ergriffen. England hat sich konfidentell mit dem Er-
sachen nach Kopenhagen gewendet, die dortige Regierung
möge ihm die Schritte bezeichnen, welche sie zur Ermög-
lichung einer Verständigung mit Deutschland zu thun geneigt
sein dürfte, da es, die Zustimmung Dänemarks vorausgesetzt,
die Absicht habe, eine vorläufige Einigung mit Preußen und
ein Uebereinkommen wegen der ferneren Behandlung der
Angelegenheit am Bunde zu vermitteln. Die dänische Re-
gierung hat ebenfalls konfidentell erwidert, daß sie eine de-
finitive Erledigung des Verfassungskreises zur Zeit nicht für
erreichbar halte, aber für ein vorläufig zu erzielendes Provi-
sorium erbötig sei, die Kompetenz der holländischen Stände
in Bezug auf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der
Weise zu erweitern, wie es bereits in den Zeitungen richtig
angegeben ist. England erklärte sich mit diesen Zugestän-
nissen einverstanden, sprach indes, weil Preußen voraussicht-
lich auch die Zustände in Schleswig zur Sprache bringen
werde, den Wunsch aus, man möge ihm auch diejenigen ent-
gegenkommenden Maßregeln mittheilen, zu welchen man et-
wa auch in Bezug auf Schleswig bereit sei. Die dänische
Regierung entsprach diesem Wunsche; die Zeitungen haben
ebenfalls richtig berichtet, in welcher Weise. Auf Grund
dieser Mittheilungen nun erfolgte die englische Vermittlung
in Berlin. Die ablehnende Antwort ist ihrem Wortlaut
nach und die englische Replik wenigstens in einer kurzen Ana-
lyse bekannt.

Berlin, 6. Jan. Sr. Maj. der Königl. Hof empfing
gestern Morgen in Sanssouci zahlreiche hochgestellte Militärs,
sowie andere Personen, welche zur Beileidsbezeugung über
das Hinscheiden weiland Sr. Maj. Königl. Friedrich Wil-
helm IV. erschienen waren. Hr. v. Schleinitz hatte gestern
Nachmittag Besprechungen mit den Gesandten von Oesterreich
und Bayern, sowie mit den aus London hier angekommenen
britischen Diplomaten Lord Bloomfield und Lord Loftus.
Wie es heißt, werden beide Lords noch heute vom König em-
pfangen. Lord Bloomfield, welcher sein Abberufungsschreiben
zu überreichen hat, begibt sich wahrscheinlich erst gegen Ende
dieses Monats auf seinen neuen Posten nach Wien.
Lord Loftus überreichte sein Beglaubigungsschreiben und wird
schon morgen als britischer Gesandter an der Leichensfeier
Theil nehmen. Im besondern Auftrag der Königin Victoria
ist der Lord-Kammerherr Viscount Sydney von London hier
angefahrt, um unserm Hofe die Beileidsbezeugungen der brit-

tischen Königsfamilie zu überbringen. — Hier und in Pots-
dam mehrt sich die Zahl der fürstlichen Herrschaften,
welche zur Theilnahme an dem morgen stattfindenden Leichen-
begangniß des verewigten Königs erscheinen. Nachdem bereits
vorgestern Nachmittag der Großherzog von Mecklenburg-
Schwerin mittelst Extrazuges nach Sanssouci geeilt war, traf
gestern Morgen der Großfürst Nikolaus von Rußland hier ein;
einige Stunden später kamen der Großherzog und die Groß-
herzogin von Baden hier an und fuhren sogleich
nach Sanssouci weiter. Gestern Nachmittag trafen der Prinz
Luitpold von Bayern, Abends der Großherzog und die Groß-
herzogin von Sachsen-Weimar, heute Vormittag der Erzher-
zog Ferdinand Maximilian von Oesterreich hier ein. Sämmt-
liche hohe Herrschaften wurden bei der Ankunft auf den Bahn-
höfen von Königl. Prinzen, sowie von hochgestellten Militärs
und den betreffenden Gesandten empfangen. Heute früh ist
der Prinz Friedrich der Niederlande aus dem Haag in Pots-
dam angelangt. Morgen früh wird Sr. Maj. der König
von Hannover daselbst eintreffen. — Ihre Maj. die Königl.
Gin Wittwe wird gutem Vernehmen nach den Winter
hindurch auf Schloß Sanssouci residiren und nicht nach Char-
lottenburg übersiedeln. In dem Testament des verewigten
Königs soll der Wunsch ausgesprochen sein, daß höchstselbst
die Schloßer von Sanssouci, Schönhausen und Erdmanns-
dorf als Wittwenjagd behalte. — Im Palais des Prinzen
Karl, Generalfeldzeugmeister der Artillerie, fand gestern
Vormittag eine Konferenz statt, in welcher über das Gesamt-
ergebnis der seit längerer Zeit mit den gezeugenen Ge-
schützen angestellten Schießproben verhandelt wurde. An
der Konferenz nahmen u. A. die Artilleriegenerale v. Hahn
und v. Yuttammer Theil. Zur Gewinnung fester Anhalt-
punkte für die weitere Verwerthung der bei diesen Versuchen
gemachten Erfahrungen soll am nächsten Dienstag eine noch-
malige Berathung abgehalten werden.

Berlin, 8. Jan. (Sch. M.) Die Proklamation des
Königs ist erschienen. Nach Erwähnung der Verdienste
des verewigten Königs heißt es: „Meine Hand soll das Wohl
des Reichs Aller in allen Bevölkerungsstufen hüten. Es ist
Preußens Bestimmung nicht, im Genus der erworbenen Güter
zu leben. In der Anspannung seiner Kräfte, im Ernst, in der
Aufrichtigkeit der religiösen Gesinnung, in der Vereinigung
von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehr-
kraft liegen die Bedingungen seiner Macht, seines Ranges
unter den europäischen Staaten.“ Er, der König, halte
fest an den Traditionen des Königl. Hauses; er wolle
das Recht des Staates nach seiner geschichtlichen Be-
deutung befestigen, ausbauen, die von dem Vorgänger
gegebenen Institutionen aufrecht erhalten; treu seinem bei
der Uebernahme der Regentenschaft gegebenen Eide, werde er
die Gesetze des Königreichs schirmen. Sodann heißt es
wörtlich: „Meine Pflichten für Preußen fallen zusammen
mit den Pflichten für Deutschland. Als deutschem Fürsten
liegt es mir ob, Preußen in seiner Stellung zu kräftigen, die
es unter den deutschen Staaten zum Heile aller einnehmen
muß. Das Vertrauen auf die Nähe Europa's ist erschüttert.
Ich werde mich bemühen, die Segnungen des Friedens zu
erhalten. Dennoch können Gefahren für Preußen und
Deutschland heraufziehen. Möge dann der gottvertrauende
Muth, der Preußen in seinen großen Zeiten besetzte, von mir
und von meinem Volke bewahrt werden; möge dasselbe mir
auf meinen Wegen in Treue, Gehorsam und Ausdauer fest
zur Seite stehen!“

Dresden, 7. Jan. (Hrff. Bl.) In der heutigen Sitzung
der Zweiten Kammer erfolgte die Motivierung des von den
Abgeordneten und früheren Ministern Braun und Georgi
eingebrachten Antrags zu Gunsten von Schleswig-Hol-
stein durch den Abg. Braun. Minister v. Beust sprach
anerkennend von der Haltung Preußens, dessen Eröffnungen
überall Anklang und Zustimmung gefunden hätten. Es sei
kein Zweifel, daß dessen Führerschaft bei den nächsten statt-
findenden Verhandlungen am Bundestage allseitige Unter-
stützung finden werde. Alle Bundesregierungen seien bereit,
mit Preußen zu handeln und nöthigenfalls in's Feld zu
ziehen. Die Kammer erklärte hiernach den Antrag für er-
ledigt.

Wien, 6. Jan. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: „Wir
glauben sehr gut unterrichtet zu sein, wenn wir trotz dem
Dementi der „Wien. Ztg.“ angeben, daß Graf Rechberg
aus Gesundheitsrücksichten seine Demission nachsucht, und
dem Begehren des verdienten Staatsmannes in den nächsten
Tagen willfahrt werden wird. Den Nachfolger können wir
noch nicht mit solcher Bestimmtheit nennen, aber sehr viele
Chancen deuten auf den bereits genannten Grafen Mens-
dorff-Pouilly.“ — Der Internuntius in Konstantinopel,
Frhr. v. Prokesch-Osten, der an den Folgen einer schwe-
ren Krankheit leidet, hat um Enthebung von seinem Posten
nachgesucht. — Es verlautet, wie die „Aut. Kor.“ meldet,
daß im Jahr 1861 wieder eine Rekrutierung vorgenom-
men wird und die Einleitungen dazu bereits getroffen wer-
den. — Die Verdringung Richter's hat am 5. unter gewal-
tigem Menschenandrang stattgefunden. — Vom Finanzmini-
sterium sind mehrere Handelskammern aufgefordert worden,
ihre Gutachten über die Herabsetzung der Valuta ab-
zugeben.

Wien, 6. Jan. Die „Oesterr. Ztg.“ konstatirt heute
(gleich den andern hiesigen Blättern) das Verbleiben Schmer-
ling's im Kabinett und fährt dann fort:

Ueber die fernere Stellung des Grafen Rechberg verlautet nichts
Bestimmtes. Gestern Mittag war das Gerücht an der Börse verbreitet,
dasselbe habe das Portefeuille des Aeußern niedergelegt; ob er deshalb
das Präsidium des Ministeriums dennoch behält, darüber waren die
Meinungen und Ansichten getheilt. Das Gerücht trat mit solcher Be-
stimmtheit auf, daß die sonst sicherlich nicht sehr gläubigen Papiermän-
ner sich darnach in ihrem Geschäfte richteten.

Die Bevölkerung ist einmal in dem Glauben befangen, daß Hr.
v. Schmerling's Anschauungen, wie sie im Rundschreiben an die Statt-
halter ausgedrückt sind, mit jenen unvereinbar seien, welche der Mini-

sterpräsident sowohl der Reichsrathsminderheit gegenüber, als auch in den
Älten festgehalten, welche nach dem 20. Okt. stattfanden.

Aber auch nach a u ß e n hin glauben wir nicht, daß die politische
Linie festgehalten werden kann, welche bisher Graf Rechberg verfolgte.
Die Thronbesteigung des Prinzen von Preußen dürfte in Deutschland
Mancherlei ändern. König Wilhelm wird den einmal eingeschlagenen
Weg energischer verfolgen, als der Prinz-Regent, welcher doch stets zarte
Rücksichten für den hinfühenden Bruder und König zu beobachten
hatte. Die kurhessische Frage z. B. wird sicherlich jetzt von der
preussischen Regierung mit noch größerem Eifer in dem Sinne und Geiste
betrieben werden, wie solche bisher durch das Ministerium Hohenzollern
angesehen wurde. Diese Anschauung hat nun einmal die Sympathien
in Deutschland für sich. Oesterreichs Aufgabe aber ist einmal in Deutsch-
land, mit Preußen vereinigt und verbündet zu gehen, dann sich die Zu-
neigung des deutschen Volkes zu erhalten. Die haarsträubende Frage
in der kurhessischen Angelegenheit wollen wir jetzt bei Seite lassen. Uns
geht vor Allem das politische Interesse unseres Oesterreich an. Unser
Heimaths- und Geburtsland steht uns über Alles, auch über die An-
sichten der Männer aus der Bitteroberschen Schule, auch über die Mei-
nungen der deutschen Kleinstaatsregierungen. Wenn der Kaiser von
Oesterreich es im Interesse seines Reichs nicht für unangemessen hält, die
ungarische Verfassung herzustellen und Das heraus revidiren zu lassen,
was mit dem Bestande des Staats nicht verträglich ist, kann die hessische
Regierung und der Bundestag darin willigen, daß die alte kurhessische
Verfassung wieder hergestellt und heraus revidirt werde, was dem Bunde
zuwider ist. Glaubt ein Minister oder hoher Beamter sich durch seine
Antecedentien zu einem andern Handeln gebunden, so möge er patriotisch
genug sein, sich zurückzuziehen. Die Minister sind des Staates wegen
da; sie kommen und gehen. Oesterreich aber, hoffen wir, wird noch
lange, sehr lange fortbauern.

Ein kais. Handschreiben ordnet an, daß die im Ministerium
für Kultus und Unterricht unerledigt liegenden, U n g a r n be-
treffenden Angelegenheiten des katholischen Kultus, gleichwie
die, dieses Königreich betreffende protestantischen Kultus- und
Schulangelegenheiten sofort der ungarischen Hofkanzlei zur
kompetenten Erledigung zu übergeben seien. — Die Wiener
Polizei hat jetzt verboten, daß zu den Wahlversammlun-
gen solchen Personen Zutritt verweigert werde, welche
nicht wirklich wahlberechtigt sind. In Folge davon hat unter
Anderm bei einer am 3. Jan. stattgefundenen Wahlversammlun-
g Dr. Schuselka ein Schreiben verlesen lassen, in dem
er sagt: „Er scheide, da ihm laut der polizeilichen Rund-
machung der Eintritt in eine hiesige Wählerversammlung
nicht gestattet sei, mit dem wärmsten Dank für das Ver-
trauen, womit er geehrt worden. Er sei überzeugt, daß die
Versammlung den Grundsätzen, welche unter allgemeiner Zu-
stimmung ausgesprochen worden, standhaft treu bleiben
werde“, und schließt mit dem Wunsche: „Möge Gott die
Stimme der Wähler zur Ehre und zum Heile Wiens lenken.“
„Der Beifall, welchen die Abschiedsworte des Redners her-
vorgerufen, erheit“, wie die „Presse“ sagt, „eine tiefere Be-
deutung durch den von der Versammlung und speziell auch
von dem Präsidium ausgesprochenen Protest gegen den vom
Marienbader Brunnenarzt Dr. Jos. Frankl gestellten An-
trag, man möge der Regierung den Dank votiren für den
Ausschluß der Fremden von der Wahltagung, für den
Ausschluß der ausländischen Konstitutions-Agitatoren.“

Wien, 7. Jan. (Hrff. Bl.) Der „Presse“ wird aus
S y a l a t r o (Dalmatien) von heute telegraphirt: Das Nu-
nizipium protestirt auf Grund des kaiserlichen Diploms
und Schmerling's Rundschreiben im eigenen Namen und in dem
von 16 Dalmatiner Gemeinden gegen jede nicht
durch das Mandat der dalmatischen Bevölkerung gerechtfertigte
Vertretung in der Frage wegen des Anschlusses von Dalmatien
an Croatien.

Prag, 3. Jan. (Dr. J.) Die seit 1. Jan. d. J. hier
erscheinende tschechische Zeitung „Narodni Listy“, welche die
Partei der Herren Dr. Palacki, Dr. Rieger und Dr. Brauner
vertritt, beschäftigt sich mit einer Analyse des v. Schme-
rling'schen Programms. Dasselbe findet wenig Gnade
vor ihren Augen. Es ist ihr viel zu viel „mit Deutschland
durchfüttert“, in der versprochenen Pflege der Wissenschaften
steht sie einen Hinterhalt, gelegt, um die Tschechen zu ger-
manisiren. Sie verwahrt sich gegen einen vereinigten Land-
tag der deutsch-slawischen Provinzen zu Wien, und will bloß
von einer Zusammenfassung der Länder der böhmischen Krone,
Böhmen, Mähren und Schlesien, wissen. Weiter protestirt
sie gegen eine Vertretung der deutschen Bundesländer in Frank-
furt schon im voraus, denn eine solche Vertretung sei gegen
das Staatsrecht der böhmischen Krone.

Italien.
Turin, 3. Jan. Ein Leitartikel der heutigen „Opinione“,
„Italien im Jahr 1861“ titel, sagt: Italien müsse sich zu
schweren Prüfungen vorbereiten, und es sei schwer zu er-
örtern, ob ein glückliches Resultat mehr von der Gewandtheit
seiner Staatsmänner oder von der Stärke seiner Heere ab-
hängt. Die Gefahren für Italien drohen nur von außen
her. Das Jahr 1861 habe zwei Fragen zu lösen: Rom
wesentlich moralische Frage und die venetianische, welche nur
durch ein mächtiges Heer und durch den moralischen Bestand
der Verbündeten gelöst werden kann. Beide Fragen müssen
gelöst werden, nur sei es nicht zweckmäßig, den Tag und die
Art und Weise zu fixiren. Italien müsse sich zum Kriege vor-
bereiten, wenn gleich noch eine friedliche Lösung versucht
werde, welche übrigens wahrscheinlich erfolglos bleiben wird.
— Das Amtsblatt in Turin veröffentlicht ein Dekret, welches
die Wahlkollegien für den 27. v. M. und die Sitzungen des
Senats und der Kammer für den 18. Febr. festsetzt.

Castella, 1. Jan. Seit einiger Zeit werden Lebe-
nsmittel und Borräthe aller Art in die Stadt gebracht.
Täglich laufen selbst aus der nächsten Umgebung von Neapel
schwerbeladene Barken hier ein. Man hat gegenwärtig an
Allem Ueberfluß, und wenn selbst die Blokade jetzt wirklich
anerkannt und gehandhabt würde, so wäre die Festung auf
sich bis sechs Monate mit dem Nothwendigen versorgt. Die
letzte Nummer der Zeitung von Castella enthält eine Wider-
legung des vielfach verbreiteten Gerüchtes, als hätten die

Neapolitaner neulich während eines Waffenstillstandes auf die Piemontesen geschossen.

Neapel, 28. Dez. (A. 3.) Hr. Farini hat sich nach Portici begeben und wohnt dort in der f. Villa, um sich etwas zu erholen und in seinem Familienunglück zu zerstreuen. Der Administrator der königl. Palläste gab Befehl, die Zimmer der königl. Prinzen, der Brüder Franz II., für Farini bereit zu halten. Nachdem Hr. Farini daselbst angekommen war, fand er diese Wohnung eines Statthalters nicht würdig und verlangte die f. Zimmer zu sehen. Das Ankleidezimmer der Königin bestimmte er zu seinem Speisezimmer, das Zimmer des Königs für das Audienzzimmer, und da er ein verschlossenes Gemach bemerkte, befahl er, es zu öffnen, und nachdem er vernommen, daß dieses Zimmer aus Hochachtung für die Person des Papstes Pius IX., der im Jahr 1849 da wohnte und schlief, auf Befehl Ferdinand's II. in demselben Zustande belassen und geschlossen wurde, um von Niemand Anderm mehr bewohnt zu werden, bestimmte er dieses Gemach zu seinem Schlafzimmer. Abends brach Feuer aus, das dieses Zimmer verzehrte, und wahrscheinlich würde der ganze Pallast ein Raub der Flammen geworden sein, wenn nicht die Nationalgarde zum Löschen herbeigeeilt wäre. Die Entstehung des Feuers wurde natürlich wieder den „Reaktionären“ in die Schuhe geschoben. Im Theater Parthenope erwartete man bei der Aufführung des Stücks „Maffaniello“ revolutionäres Geschrei; anstatt dessen hörte man aber die Rufe: „Viva Francesco II.“ Aus Palermo erhalten wir die Nachricht, daß gegen die Regierung Montezemolo's und seine Minister daselbst allgemeine Unzufriedenheit herrscht; man fürchtet, daß es zum Blutvergießen kommen werde. Hier ist die Staatskasse erschöpft, so daß selbst die unbedeutendsten Zahlungen nicht sofort geleistet werden können. Der Schmuggel und das Monopolwesen grassiren nach wie vor, ohne daß die öffentliche Gewalt, die ohnedies schlecht gehandhabt wird, im Stande wäre, es zu hindern. So geht es auch in den andern Regierungszweigen; die Gouverneure in den Provinzen sind ungewisse Leute, die noch durch Garibaldi's Kreaturen ins Amt kamen, und nur republikanische und exaltirte Grundzüge zu äußern brauchen, um als Regierungsorgane empfehlenswerth zu erscheinen. In keinem Mann aber hat sich der Mangel an staatsmännischem Blick, der Garibaldi auszeichnet, klarer herausgestellt, als an Alexander Dumas. Was je Windbeutel, Charlatanerie und Prahlerei zusammenbringen konnten, das hat die Natur in diesem Hanswurst vereinigt. Und nun schreibt derselbe in seinem hiesigen Journal, daß Garibaldi an Victor Emanuel folgendes Schreiben gerichtet habe: „Vertrauen Sie, Sire, dem edlen Patrioten Alex. Dumas, den ich stets bewährt gefunden habe.“ Es erinnert dies an die Scene mit Prinz Heinz und Fallstaff, wo Legterer den König spielt und seinem Sohn den tugendhaften Alten dringend als den besten Rathgeber empfiehlt.

Neapel, 29. Dez. (A. 3.) Die Offiziere der Garnison von Gaeta haben nachstehende Adresse an den König Franz II. gerichtet:

Sire! Inmitten der beklagenswerthen Ereignisse, deren Zeugen wir gewesen sind, erneuern wir unterzeichnete Offiziere der Garnison von Gaeta vor dem Ehren Sw. Maj., den das Unglück noch ehrenwürdiger und glänzender gemacht, die Versicherungen unserer unerbürdlichen Treue. Als wir den Säbel umgürteten, schworen wir, daß wir die uns von Sw. Maj. anvertraute Fahne bis zum letzten Blutstropfen verteidigen werden. Diefem Schwur wollen wir getreu bleiben, welche Entbehrungen, Leiden und Gefahren uns auch immer treffen mögen. Wir werden mit Freude unser Gut und Blut für den Triumph der allgemeinen Sache opfern. Als gewissenhafte Wächter der militärischen Ehre, die den Soldaten vom Räuber unterscheidet, wollen wir Sw. Maj. und ganz Europa beweisen, daß, wenn leider auch viele von uns durch Feigheit und Verrat in den Ruhm der neapolitanischen Armee beflachtet, dennoch die Zahl Derer noch groß ist, die sich bemühen, den Namen dieser Armee fleckenlos auf die Nachwelt zu bringen. Es mag sich nun unser Geschick schnell erschließen oder uns noch eine längere Periode der Entbehrungen und Kämpfe erwarten, wir werden unser Geschick ergeben und furchtlos erwarten, mit der stolzen und würdigen Ruhe, die den Soldaten geziemt. Mit Freuden gehen wir dem Sieg oder dem Tod der Tapferen entgegen, und erheben den gewohnten alten Ruf: Es lebe der König!

Frankreich.

* Paris, 7. Jan. Dem „Monteur“ zufolge wird der Prinz Joachim Murat, in Begleitung zweier Ordnonanzoffiziere des Kaisers, heute nach Berlin abreisen, um dem König von Preußen einen eigenhändigen Brief des Kaisers zu überreichen. — Der „Constitutionnel“ findet für nöthig, zu erklären, daß die Erhöhung der Zinsen der Schatzscheine nicht zum Zweck hat, die Zirkulation der letztern zu vermindern, sondern sie auf den gegenwärtigen Grenzen zu erhalten. — Die „Patrie“ bemerkt, daß Oesterreich die zweite schwimmende Batterie am Eingang des Hafens von Malamosco (Venedig) aufgestellt hat. Wie die erste ist sie in Pola gebaut, 51 Met. lang und 17 Met. breit, hat 32 Achsigpfländer und eine Besatzung von 300 Mann. — Man versichert — sagt die „Patrie“, daß in Gaeta Unterhandlungen zum Abschluß eines Waffenstillstandes auf neuer Basis eröffnet werden sollen. — Man meldet dem „Pays“ aus Wien, daß immer noch die Rede von dem Rücktritt des Grafen Rechberg ist. — Hr. K. Rogier ist nach Brüssel zurückgekehrt. Dem „Pays“ zufolge hatte er mehrere Unterredungen mit dem Kaiser und empfing von diesem die günstigsten Versicherungen für Erhaltung des europäischen Friedens. Er nahm auch an den Konferenzen Theil, welche über den Entwurf zu einem belgisch-französischen Handelsvertrage hier stattgefunden haben. Der Handelsvertrag selbst soll auf dem Punkt stehen, abgeschlossen zu werden. Seine Grundlagen wären noch breiter, als die des englisch-französischen Handelsvertrages. Vor Allem soll die vollkommene Freiheit für den gegenseitigen Eingang literarischer, künstlerischer u. Werke festsetzen. — Gestern war großes Familienfest in den Tuilerien. Die Kaiserin hat bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal seit ihrer

Rückkehr aus England empfangen. Heute ist große Tafel für die Minister und die andern hohen Staatsbeamten.

Wir kommen noch einmal auf die telegraphisch schon erwähnte Broschüre „Rom und die Bischöfe“ zurück. Der ungenannte Verfasser dieser Schrift hat ein Motto gewählt, welches den beabsichtigten Zweck andeuten soll. Es lautet: „Wir haben nur einen Gedanken: die Gewissen der Katholiken zu belehren und zu beruhigen.“ Um diesen Zweck zu erreichen, sucht der Verfasser darzulegen, wie die weltliche Macht, der politische Einfluß durchaus kein Erforderniß des Papstthums ist, ja von den früheren Päpsten geradezu als schädlich für dasselbe erkannt wurde. „Die Päpste der ersten Periode — sagt er — hielten unverrückt fest an dem Geleze des Herrn, der da sagte: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ — dem Geleze Christi, der in die Wüste zog, als man ihn zum König machen wollte, — dem Geleze Christi, der sich der Entrichtung der Steuern und dem Urtheil des Pilatus unterzog. In der zweiten Periode dagegen waren die Päpste nicht nur nicht mehr zufrieden mit der weltlichen Herrschaft, welche die Dankbarkeit der Völker und die Macht der Verhältnisse dem hl. Stuhle verschafft hatte, sondern sie strebten offen nach der Weltsoveränität. Der Titel „Stellvertreter Jesu Christi“ gerägte ihnen nicht mehr, sie nahmen jenen eines „Stellvertreters Gottes auf Erden“ an.“ ... Mit einem Worte, zwischen den Päpsten der ersten und der zweiten Periode waltet jener Unterschied, daß man den Ersteren Gewalt anthun mußte, die weltliche Macht anzunehmen, und daß man Letztere zwingen muß, sie wieder fahren zu lassen. ... „Aber — fährt der Verfasser fort — es ist traurig, sagen zu müssen, daß zum Nachtheil der Kirche, der Episcopat und der hohe Klerus gleichen Weg, wie das Papstthum, einschlugen. Die Verfassung der kirchlichen Gesellschaft selbst erlitt tiefe, wenn nicht unheilbare Störungen — und man klagt den Episcopat geradezu an, eine wahrhafte Oligarchie in der Kirche geworden zu sein.“ — Doch glaubt der Verfasser es seinem Gewissen schuldig zu sein, zu bekennen, daß nicht alle Bischöfe, daß nicht ein großer Theil des „niedern Klerus“ die Aufrechthaltung der weltlichen Gewalt des Papstes für notwendig halten; nur scheuen sie sich, dies offen auszusprechen — der niedere Geistliche, weil er fürchtet, als Gallikaner zu erscheinen, was ärger ist, als Kegererei — die Bischöfe einerseits gleichfalls aus Furcht, als Gallikaner zu gelten, und andererseits aus Furcht, daß der Fall der weltlichen Gewalt des Papstes auch den Sturz der bischöflichen Oligarchie nach sich ziehen könnte. — Außer dieser Broschüre erschien bei Dentu noch: „Der römische Hof in seinen bürgerlichen und politischen Beziehungen zur italienischen Frage.“ — 3pro. 67.20. Dst 586.25.

Syrien.

* Beirut. Einer Mittheilung der „Daily News“ zufolge steht eine Lösung der syrischen Angelegenheit in naher Aussicht. Fuad Pascha — so heißt es in diesem Berichte — wird Generalgouverneur der Provinz. Der bloß von Christen bevölkerte Theil des Libanon erhält einen christlichen Gouverneur, der unter Fuad Pascha steht; dagegen erhält der von Drusen, oder von Drusen und Christen bewohnte Theil des Landes türkische Gouverneure, deren jedem ein Conseil zur Seite stehen wird, zusammengesetzt aus einem Drusen, einem Maroniten, einem Griechen, einem Griechisch-Katholischen und einem Protestanten. Bereits sollen die Mächte diesem Plane ihre Zustimmung gegeben haben. Erhält Fuad Pascha freie Hand und für den Anfang die nöthigen Geldmittel, dann dürfte sich Alles zum Besten wenden.

Amerika.

* London, 6. Jan. Es ist die Nachricht eingetroffen, daß Südkarolina sich von den Vereinigten Staaten durch ein einstimmiges Botum von 169 Mitgliedern losgetrennt hat. In Washington herrscht große Aufregung. Südkarolina hat in Havanna zwei Kriegsdampfschiffe angekauft.

London, 7. Jan. (Köln. Ztg.) Das neuterliche Bureau bringt eine, die Vorderscheidung Südkarolina's betreffende Depesche aus Washington vom 24. Dezember. Die Vertreter des erwähnten Staates hatten dem Kongress angezeigt, daß sie in Folge des Ausscheidens Südkarolina's austreten. Der Sprecher hatte erklärt, er erkenne diesen Trennungsaft nicht an. Die Führer der Separatistenpartei bemühten sich, den ganzen Süden zu bewegen, daß er dem Beispiele Südkarolina's folge, und hatten die Sklavenstaaten in einer Adresse aufgefordert, zu einem Sonderbunde zusammenzutreten. Der „New-York Times“ zufolge hatte Präsident Buchanan dem Major Anderson den Befehl ertheilt, das unweit von Charleston, der Hauptstadt Südkarolina's, gelegene Fort Moultrie im Falle eines Angriffes zu übergeben. Auch hatten die dort befindlichen Truppen der Vereinigten Staaten das Fort bereits wirklich geräumt und sich nach dem Fort Lampyer am Hafen von Charleston zurückgezogen, wo sie einem Angriffe entgegenstehen. In Charleston herrschte große Aufregung.

Bermischte Nachrichten.

* Karlsruhe, 8. Jan. Die „Badische Landeszeitung“ beschwert sich heute mit Recht darüber, daß sie von gewissen inländischen Blättern regelmäßig benützt wird, ohne zitiert zu werden. Und wie ihr, so ergeht es auch uns. Fragliche Blätter bringen tagtäglich die breitesten Abdrücke aus den Blättern der Residenz, und nur den wenigsten fällt es ein, die Quellen, aus denen sie schöpfen, anzugeben, so daß sie sich bei ihren Lesern den Anschein geben, daß Alles, was sie enthalten, auf ihrem eigenen Boden gewachsen sei.

Wir unfererseits haben jedoch noch eine weitere Klage, die nämlich, daß wir oft genug da, wo wir wirklich zitiert werden, in ganz unbedeutlicher Weise zitiert werden. Man zitiert unser Blatt nicht selten kurz hin mit den Buchstaben „R. Z.“ Dieselben können jedoch auch „Kölnische“, „Kasseler“, „Konstanzer“ u. s. w. „Zeitung“ bedeuten. Andere fügen noch ein „a“ bei, und zitiren uns mit „Ra. Z.“, und wieder Andere mit folgender Chiffre: „Rhr. Z.“ oder „Rhr. Z.“ Sie werden aber billiger Weise zweierlei nicht in Abrede stellen können, einmal, daß diese Art zu zitiren ganz und gar unbedeutlich und unverständlich, und dann, daß sie in der gesammten deutschen Presse nicht üblich ist. Wir selbst unterlassen es niemals, ein Blatt, dem wir Etwas entlehnen, so deutlich zu bezeichnen, daß jeder halbwegs unterrichtete Zeitungleser

die Quelle sogleich erkennt. Das Gleiche dürfen wir gewiß auch von Anderen verlangen. Wir ersuchen daher diejenigen geehrten Blätter, die es angeht, in kollegialischer Weise und unter Zusage vollständiger Gegenseitigkeit, von der erwähnten unbedeutlichen Situationsweise („R. Z.“, „Ra. Z.“ und „Rhr. Z.“ oder „Rhr. Z.“) künftig Umgang nehmen und unbedeutlicher zitiiren zu wollen, also etwa so: „Karlsruh. Ztg.“ oder „Karlsruh. Z.“, wie es von den auswärtsigen Blättern ausnahmslos geschieht. Saum cuique!

Aus dem Höggau, Anfang Jan. Anlässlich des Artikels „Vom Randen“, der sich zu Gunsten der Führung der Eisenbahnlinie von Thaugingen über Hülzingen ausdrückt und zum ersten Mal den Interessen dieses Landestheils öffentlich das Wort redet, wofür wir ihm danken, erhebt sich ein Gegenartikel in Nr. 298 „Von der Schweizergrenze“. Diesen salbenreichen Artikel wollen wir etwas ausbreiten und uns das Gewebe desselben näher ansehen. Angeblich reklamiren 10 Gemeinden gegen die Linie über Hülzingen wegen Gefährdung des Verkehrs der ganzen Gegend und der allgemeinen Landesinteressen. Diese die „ganze Gegend“ zusammenschließenden Orte müssen wir aus der Vogelperspektive übersehen. Hülzingen und Gailingen, die zwei bedeutendsten Orte darunter, liegen am Rhein, nah und bequem bei Schaffhausen, und es ist nicht begreiflich, wie man sie von dem Wege dahin zur Benützung der Bahn weiter und unbequemer nach Göttingen wird bewegen können. Ramfen, Hemmichhofen, Stein liegen der Station Singen so nahe als Göttingen, Randegg und Bietzingen liegen der Station Thaugingen sehr nahe. Göttingen und Bietzingen versprechen sich nicht die Vorteile, die im Verhältnis stehen mit der Beschädigung und dem Verlust der zur Bahn nöthigen Güter, und sind deshalb weit der Mehrzahl nach gegen die Zugrichtung über ihre Gemartungen, was wir behaupten.

Durch Führung der Bahnlinie über Hülzingen bleiben die Stationen Thaugingen und Singen dieselben, und nur Göttingen wird ausfallen. Wir sehen dadurch diese Gemeinden in ihren Interessen nicht gefährdet, da ihnen die Gelegenheit zur Benützung durch die Stationen Thaugingen und Singen gleich geboten ist, so daß sie also bloß als mitspielende Figuren beigezogen sind, um den Interessen anderer dienen zu helfen. Wir zweifeln von vornherein an der wirklichen Theilnahme dieser Gemeinden an dieser Reklamation; es hat sich indessen herausgestellt, daß diese zehn Gemeinden nicht um ihre Stimmen gefragt worden sind und von dem Protest gegen die Linie Hülzingen Nichts wissen, und doch führt Einsender die Erwiderung im Namen der Bewohner, ja sogar noch berer von Bietzingen und Göttingen, die für die Linie über Hülzingen sind! Das ist ein Verfahren à la Rizza.

Unter den 10 aufgeführten Gemeinden sind 5 schweizerisch, denen wir, wo es sich um badische Interessen handelt, eine gewichtige Stimme nicht einräumen können. Wir müssen nach Obigen, da wir den Ernst der Einsprüche von diesen Gemeinden aus Gründen nicht fassen können, die Quelle der Einsprüche wo anders suchen, und von der „ganzen Gegend“ bleibt uns nur Thaugingen übrig, und wir sind so frei, Singen beizufügen.

Der Kern der Sache ist der: Hülzingen hat einen Fruchtmarkt, Singen will einen Fruchtmarkt, Thaugingen will einen Fruchtmarkt, beide unterliegen sich darin gegen Hülzingen, einzig dieses hinauszuwärtigen, dessen Markt zu ruiniren; für sich jedoch glaubt jedes, es sei das am besten oder allein gut gelegene. Als drittes steht Schaffhausen im Hintergrund, und hofft durch den Ruin des Marktes in Hülzingen die Hoffnungen aller schließlich zu ernten, mit der noch lebhaften Erinnerung, wie vor dem Bestehen des Hülzinger Marktes Schaffhausen sehr besucht und wie viel badisches Geld durch diesen Verkehr dort liegen geblieben ist. Gerade die Gegenwirkung des schweizerischen Thaugingen ist geeignet, die Befürchtungen Hülzingens und der mit ihm vereinigten Gemeinden zu befähigen, und zu zeigen, wie stark die Interessen dieser beiden Orte kollidiren; wird der Landestheil, den wir im Auge haben, durch Befreiung dieser wichtigen Frage in seine früheren Zustände zurückgeführt, so ist es um Markt und Verkehr, die wir seit 10 Jahren der Schweiz abgewonnen haben, geschieden, und alle die früheren Nachteile, die wir — wir bedauern es — allein kennen, werden wir auch allein zu tragen haben. Das hieher Bezügliche läßt sich nicht vortragen; es ist bei großer Regierung gesehen; wird es so ersaht, wie wir es fühlen, so sehen wir dem Entsch. mit Ruhe entgegen.

Wir haben von den 10 Protest erhebenden Gemeinden 9 abgezogen; es ist Thaugingen übrig geblieben und für die 9 andern haben wir Singen zugefügt! gerade weil der Schweizer-Orenz-Artikel diesen Ort nicht nennt; denn wo anders sollen wir den 70 Fuß tief in den Thauginger Rebbegg eingewickelten Korrespondenten suchen, den Entdecker von unbesiegbaren Quellen, der „mit dem einfachsten Verstande“ begreift, daß die Linie über Hülzingen 400,000 fl. bis 1/2 Million mehr koste, als über Göttingen? Die Zahlen treten das erste Mal ans Licht von einem Nichttechniker; wie ist er dazu gekommen?! So wenig wir diese Schätzung einem Nichttechniker als dazu fähig zutrauen, so wenig begreifen wir, wie der Korrespondent die Entfernung Thaugingen von Hülzingen zu einer halben Stunde anzugeben wagt. Was den so gern fertig gewünschten Vertrag zwischen Baden und der Schweiz über die Zugrichtung und die schon längst vereinigte und festgestellte Linie Thaugingen, Göttingen, Singen betrifft, so mag dies wahr sein; nicht richtig aber ist, daß eine andere Linie auf badischem Boden nicht eben so gut die Genehmigung der Schaffhauser und Bundesregierung erlangen kann, da dies nicht im Widerspruch ist mit dem Hauptvertrage beider Staaten. Nach diesem hat nämlich die große Regierung nur die Verpflichtung, mit ihrer Staatsbahn bei Trasladingen in die Schweiz ein- und bei Thaugingen auszumünden. Ob dies nun ein paar hundert Schritte nach rechts über den Bietzinger Teich, „See“ genannt, oder nach links über den Eringer Sommerling von etwa 50 Fuß Höhe nach Hülzingen geschieht, darüber werden sich gewiß zwischen unserer und der Schweizer Regierung keine neuen Differenzen entspinnen, welche den Bau auf Jahre hinaus verzögern könnten, und wir dürfen darum auch ganz beruhigt von den einsichtsvollen Schaffhauser Behörden erwarten, daß sie, da keine spezifisch schweizerische Interessen verletzt werden, zu einem zeitraubenden Einwande sich gewiß nicht veranlassen finden werden. Andererseits, wer berechtigt den Einsender, an das schweizerische Oppositionsmitglied zu appelliren und seinerseits den Vertrag zu Ungunsten der bad. Regierung zu deuten? Darin ist glücklicher Weise nichts enthalten, was die bad. Regierung hände; sie hat vollständig freie Hand, wenn es ihr gefallen und zweckmäßig erscheinen sollte, im Interesse eines Landestheiles von der gepflanzten Linie abzuweichen. Dafür, daß die große Regierung hierin vollständig frei und die Frage über die Zugrichtung noch offen ist, spricht auch der Umstand, daß sie die Bitten der Gemeinde Hülzingen entgegengenommen und deren Vorträge einer Prüfung für würdig erachtet. (Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann.

